



Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) • Postfach 12 69 42 • 10609 Berlin

Bundesinstitut für Risikobewertung
Postfach 12 69 42
10609 Berlin
Tel. +49 30 18412-0
Fax +49 30 18412-4741
bfr@bfr.bund.de
www.bfr.bund.de**Gegen Postzustellungsurkunde**

Ihre Zeichen und Nachrichten vom	Gesch.-Z.: Bitte bei Antwort angeben	Tel.-Durchwahl/Fax	Datum	Org.-Einheit/Ansprechpartner/in
[#32209] 09.08.2018	1710-0-10102690	-3966	12.09.2018	Justizariat 

Ihr Antrag nach den Informationszugangsgesetzen vom 9. August 2018Sehr geehrt 

auf Ihren o.g. Antrag ergeht nach § 4 Abs. 1 S. 1 Umweltinformationsgesetz (UIG) folgender

Bescheid

- 1. Der Antrag auf Informationszugang wird abgelehnt.**
- 2. Der Bescheid ergeht auslagen- und gebührenfrei.**

Begründung:**I.**

Mit E-Mail vom 9. August 2018 beantragten Sie, Ihnen gemäß „IFG/UIG/VIG“ Listen/Dateien (CSV, XLS, XLSX) zu senden, welche sich mit folgenden Themen/Informationen befassen, unabhängig vom Aufbau der Dateien: REACH, Substanzen, Stoffe, Gemische, Gefahrstoffe, Gefahrgüter, CLP, GHS, EINECS, EG Nummer.

II.

Ihr Antrag ist zulässig, aber abzulehnen. Nach § 3 Abs. 1 S. 1 UIG hat jeder nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen, über die eine informationspflichtige Stelle im Sinne des § 2 Abs. 1 verfügt, ohne ein rechtliches Interesse darlegen zu müssen. Als natürliche Person sind Sie gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 UIG antragsberechtigt.

tigt. Zudem handelt es sich bei den von Ihnen begehrten Informationen um Umweltinformationen im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG.

Ein Anspruch besteht aber nur auf vorhandene Umweltinformationen. Listen/Dateien zu den von Ihnen angefragten Themen/Informationen liegen beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) nicht vor.

Von der Weiterleitung Ihres Antrages nach § 4 Abs. 3 UIG an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) sehen wir weiterhin ab, da Sie der Weitergabe Ihrer Daten mit Ihrer Mail vom 23. Juli 2018 widersprochen haben und in Ihrer E-Mail vom 9. August 2018 auf das von Ihnen in der E-Mail vom 23. Juli 2018 verwendete Zeichen #32209 Bezug nehmen.

III.

Die Nebenentscheidung folgt aus § 12 Abs. 1 UIG in Verbindung mit der Umweltinformationsgebührenverordnung (UIGGebV). Für ablehnende Ausgangsbescheide sind danach keine Auslagen- und Gebühren vorgesehen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesinstitut für Risikobewertung, Max-Dohrn-Str. 8-10, 10589 Berlin, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Anhang: Verwendete Rechtsvorschriften:

- | | |
|---------|--|
| UIG | Umweltinformationsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist. |
| UIGGebV | Umweltinformationsgebührenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2247), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 40 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist. |